

Protokollauszug

aus der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderats Interlaken vom 25. August 2015

Versanddatum: 26.08.2015

36 A1.3 Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell B1.7.5 Verkehrsregime

Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“, Gegenvorschlag

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt den Gegenvorschlag.

David Bühler verweist auf das am 24. August 2015 vom Initiativkomitee eingereichte Moratorium und beantragt mittels **Ordnungsantrag**, vor der Behandlung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative das vom Initiativkomitee eingereichte Moratorium zu behandeln.

Jürg Zumkehr möchte wissen, ob David Bühler den Antrag im Auftrag des Initiativkomitees stelle.

David Bühler antwortet, verschiedene Parlamentsmitglieder hätten sich letzte Woche mit dem Initiativkomitee getroffen. Das Initiativkomitee habe das Moratorium vorgeschlagen und die GGR-Mitglieder hätten sich verständigt, dass er oder Beat Künzli einen Ordnungsantrag stellen würde.

Antonie Meyes Schürch möchte den Gegenvorschlag als Präsidentin der nicht ständigen Kommission Gegenvorschlag Verkehrsinitiative vorstellen zu dürfen.

Jürg Zumkehr unterstützt eine Präsentation des Gegenvorschlags.

Ratspräsident Peter Hollinger stellt fest, eine solche Präsentation sei im Rahmen der Beratung des Ordnungsantrags möglich.

Antonie Meyes Schürch stellt fest, dass der Auftrag an die nicht ständige Kommission Gegenvorschlag Verkehrsinitiative durch den Grossen Gemeinderat sehr eng vorgegeben gewesen sei, weshalb der Handlungsspielraum der Kommission sehr beschränkt gewesen sei. Die Kommission habe den Verkehrsrichtplan Bödeli von 1999 in seiner Stossrichtung nach wie vor als taugliches Instrument beurteilt, das nicht generell neu gefasst werden müsse, aber punktuelle Anpassungen zulasse. Die Reisebusssituation präsentiere sich heute in Interlaken wesentlich anders als beim Erlass des Verkehrsrichtplans im Jahr 1999. Ein mindestens im Zentrum einschränkendes Carregime sollte deshalb in den Richtplan aufgenommen werden. Die Kommission habe geprüft, ob über die Vorgabe des Grossen Gemeinderats hinaus eine Übernahme des heutigen Verkehrsregimes auf dem ganzen Höhenweg oder sogar eine Übernahme des heutigen Verkehrssystems in Interlaken verlangt werden sollte. Die Kommission möchte jedoch den Organen, die den Verkehrsrichtplan Bödeli bei Annahme des Gegenvorschlags durch die Stimmberechtigten zu überarbeiten hätten, nicht zu grosse Auflagen machen. Die Gemeinde Interlaken lebe weitgehend vom Gewerbe und insbesondere vom Tourismus. Die Kommission möchte das im Gegenvorschlag zum Ausdruck bringen. Da die Kommission ihren Auftrag mit der Vorlage des Textentwurfs für den Gegenvorschlag zur Verkehrsinitiative erfüllt habe, könne sie aufgelöst werden. Da die Annahme der Initiative und die entsprechende Anpassung des Verkehrsrichtplan zu einem Verkehrschaos in Interlaken führen würden, rege sie an, dem Gegenvorschlag den Titel „Kein Verkehrschaos“ zu geben.

Beschluss:

Der Ordnungsantrag Bühler wird mit 18:7 Stimmen angenommen.

David Bühler hält fest, der Verkehr habe in den letzten Jahren immer wieder zu Diskussionen geführt. Der Gemeinderat habe in den letzten Jahren laufend daran gearbeitet, den behördenverbindlichen Verkehrsrichtplan umzusetzen. Seit 1999 habe sich die Situation aber verändert. Das aktuelle Verkehrskonzept sollte deshalb überprüft werden. Er sei dem Initiativkomitee für seinen Vorschlag eines Moratoriums dankbar, der ein konstruktives Verhandeln erlaube. Er **beantrage**:

1. Im Einvernehmen mit dem Initiativkomitee Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission Verkehr des Grossen Gemeinderats eingesetzt, in der das Initiativkomitee mit drei Mitgliedern,

alle die im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen mit je einem Mitglied sowie der Gemeinderat mit zwei Mitgliedern und die Gemeinderäte Matten bei Interlaken und Unterseen mit je einem Mitglied vertreten sind, mit dem Auftrag, das heutige Verkehrskonzept zu überprüfen (insbesondere das Teilfahrverbot im "Schlauch"), allenfalls notwendige flankierende Massnahmen vorzuschlagen und dem Grossen Gemeinderat innert zwei Jahren Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen.

2. Das Initiativkomitee, die im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen und die Gemeinderäte Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen werden gebeten ihre Kommissionsmitglieder zuhanden der Wahl der Kommission in der nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderats namentlich zu nennen.
3. Die Behandlung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird im Einvernehmen mit dem Initiativkomitee Verkehrsinitiative und abweichend von Artikel 36 OGR 2000 um maximal zwei Jahre verschoben.

Franz Christ ist erstaunt über den Antrag Bühler. Er sei kein Freund der Schlauchschliessung. Er müsse aber feststellen, dass das System eigentlich funktioniere. Das Initiativkomitee habe 900 Unterschriften gesammelt und den Unterzeichnenden damit eine Abstimmung versprochen. Diese sollte nicht verschoben werden. Viele Unterzeichnende dürften heute erkannt haben, dass die Schlauchschliessung gar nicht so schlecht sei. Sauberer wäre es, die Initiative zurückzuziehen, da er befürchte, in zwei Jahre nicht weiter zu sein. Er betrachte das Moratorium als faulen Zauber und möchte die Abstimmung nun durchführen und nicht in die nächste Legislatur zu verschieben.

Beat Künzli hält fest, die FDP sei gespalten und habe Stimmfreigabe beschlossen. Diskutieren sei für ihn besser als ein giftiger Abstimmungskampf. Es gebe ein Gegenkomitee zur Initiative, das für den Abstimmungskampf bereit sei, aber auch gerne eine einvernehmliche Lösung hätte. Eine Mitgliedschaft der Gemeinden Matten und Unterseen in der nicht ständigen Kommission sei für ihn nicht zwingend.

Verena Lobsiger möchte das Volk stärker einbeziehen und es vermehrt abstimmen lassen. Deshalb sollte nun über die Initiative abgestimmt werden, damit das Volk entscheiden könne.

Dorothea Simmler bestätigt, dass der Gegenvorschlag kein grosser Wurf sei, was aber aufgrund der Vorgaben des Grossen Gemeinderats auch nicht möglich gewesen sei. Das Angebot des Initiativkomitees sei ein guter Schritt, um tragfähige Lösungen suchen zu können.

Georges Beutler sieht in der Initiative ein hervorragendes Instrument der direkten Demokratie. Trotzdem sei das Moratorium gut, um Zeit zu erhalten, breit über die beste Lösung zu diskutieren. Die Verkehrssituation habe sich in der letzten Zeit verändert. Ziel müsse ein befriedigendes Resultat für eine grosse Mehrheit sein.

Bernhard Staehelin verweist auf die noch nicht erheblich erklärte Motion Grossenbacher für eine Fussgängerzone im Schlauch. Diskutieren sei aber besser als Schaumschlägerei. Wenn das Initiativkomitee für die 900 Unterzeichnenden nun ein Moratorium vorschlage, müsse es das diesen erklären können. Er möchte wissen, ob das Geschäft nicht verschoben werden könnte.

Ratspräsident Peter Hollinger macht auf die Fristen für die Behandlung des Gegenvorschlags aufmerksam. Auf die Behandlung des Gegenvorschlags könne nur verzichtet werden, wenn heute ein verbindlicher Beschluss über das Moratorium gefällt werde. Der Beschluss über das Moratorium könne damit nicht verschoben werden.

Jürg Zumkehr erkundigt sich, ob nicht ein Initiativrückzug in der nicht ständigen Kommission diskutiert worden sei. Hier gehe es doch um kaum etwas anderes als Schlauch auf oder Schlauch zu. Bisher wollten alle mit dem Geschäft rasch vors Volk, und nun sehe plötzlich alles ganz anders aus. Es scheine, dass der Gemeinderat und das Parlament Angst vor dem Volksentscheid hätten.

Antonie Meyes Schürch verweist auf den Status der Initiativkomiteemitglieder als nicht stimmberechtigte Mitglieder in der nicht ständigen Kommission, der nicht einfach gewesen sei. Es sei zwar auch über einen Initiativrückzug diskutiert worden. Details aus der Kommission könne sie aber aus rechtlichen Gründen nicht preisgeben.

Fritz Kupfer glaubt, das Komitee habe wohl eingesehen, dass die Initiative nicht das Gelbe vom Ei sei. Dass es die Initiative heute nicht zurückziehe, begreife er aber auch. Mit den Sitzen in der neuen Kommission könne das Komitee wieder alles blockieren und Druck machen, dass es das Moratorium zurückziehe und auf die Abstimmung poche, wenn in der neuen Kommission nicht in seinem Sinne entschieden werde.

Verena Lobsiger unterstützt den Einbezug von Matten und Unterseen. Es könnte beispielsweise ein Zentrum auf dem Flugplatz geschaffen werden, insbesondere für Uhrengeschäfte, so dass die Cars nicht mehr ins Zentrum fahren müssten. Dann könnte der Schlauch wieder geöffnet werden.

Franz Christ bezweifelt, dass in den nächsten zwei Jahren etwas geschehe, und befürchtet, dass das Komitee immer mit der Abstimmung drohen könne, wenn es nicht in seinem Sinn gehe. Für ihn gebe es nur Initiativrückzug oder Abstimmung.

Thomas Dübendorfer erkundigt sich, ob das Initiativkomitee die Initiative heute Abend zurückziehen könnte.

Christoph Betschart möchte das Moratorium nur annehmen, wenn das Initiativkomitee sich verpflichte, die Initiative innert weniger Tage zurückzuziehen.

David Bühler bemerkt, das Moratorium diene dazu, zwei Jahre Zeit für Verhandlungen zu erhalten. Bei einem Rückzug der Initiative brauche es das Moratorium gar nicht mehr und auch der Gegenvorschlag sei vom Tisch.

Franz Christ erachtet die Erpressbarkeit als keine gute Grundlage für Verhandlungen.

David Bühler ging bis letzte Woche auch vom Gegenvorschlag aus. Aufgrund der Diskussionen mit dem Initiativkomitee Ende letzter Woche unterstütze er den angebotenen Umschwung für eine konstruktive Lösung. Er **beantrage** einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

Beschluss:

Der Sitzungsunterbruch wird grossmehrheitlich beschlossen.

Sitzungsunterbruch von 20.23 bis 20.33 Uhr.

Bernhard Weinekötter möchte den Antrag Bühler dahingehend anpassen, dass Matten und Unterseen nur beratend in die Kommission eingeladen werden, und stellt entsprechend **Antrag**.

Georges Beutler stellt sich die Frage, ob das Moratorium oder die Abstimmung besser sei. Aus einem Flickwerk könnte ein schönes Seidentuch geschaffen werden. Das spreche für das Moratorium.

Jürg Zumkehr bestätigt das, befürchtet aber einfach einen Abstimmungskampf in zwei Jahren.

Paul Michel unterstützt den Antrag Weinekötter. Im Moratorium stehe, die beiden Nachbargemeinden könnten eingeladen werden. Im Antrag Bühler würden aber Sitze mit Stimmrecht zugesichert.

Beschluss:

Der Änderungsantrag Weinekötter zum Antrag Bühler wird mit 21:2 Stimmen angenommen.

Beschluss:

1. Im Einvernehmen mit dem Initiativkomitee Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission Verkehr des Grossen Gemeinderats eingesetzt, in der das Initiativkomitee mit drei Mitgliedern, alle die im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen mit je einem Mitglied sowie der Gemeinderat mit zwei Mitgliedern und die Gemeinderäte Matten bei Interlaken und Unterseen mit je einem beratenden Mitglied ohne Stimmrecht vertreten sind, mit dem Auftrag, das heutige Verkehrskonzept zu überprüfen (insbesondere das Teilfahrverbot im "Schlauch"), allenfalls notwendige flankierende Massnahmen vorzuschlagen und dem Grossen Gemeinderat innert zwei Jahren Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen.
2. Das Initiativkomitee, die im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen und die Gemeinderäte Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen werden gebeten ihre Kommissionsmitglieder zuhan-

den der Wahl der Kommission in der nächsten Sitzung des Grossen Gemeinderats namentlich zu nennen.

3. Die Behandlung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird im Einvernehmen mit dem Initiativkomitee Verkehrsinitiative und abweichend von Artikel 36 OgR 2000 um maximal zwei Jahre verschoben.

(20:6 Stimmen)

Damit entfallen eine Beschlussfassung über den Gegenvorschlag zur Verkehrsinitiative in der heutigen Sitzung und der Beschluss über die Auflösung der nicht ständigen Kommission Gegenvorschlag Verkehrsrichtplan erfolgt erst in der nächsten Sitzung.

Freundliche Grüsse

sig. Goetschi

Philipp Goetschi, Sekretär